

Bürokratie-Frust in den Helferkreisen

Tutzing – „Im Gespräch“ heißt die neue Diskussionsreihe des Ökumenischen Unterstützerkreises Tutzing. Der neu gegründete Arbeitskreis „Politik“ lädt zyklisch Vertreter diverser Parteien und Ämter zum persönlichen Gespräch einladen. Behandelt werden Themen, die den Helfern und Asylsuchenden auf den Nägeln brennen. Jüngst waren laut einer Pressemitteilung im Roncalli-Haus die Grünen-Kreisvorsitzende Kerstin Täubner-Benicke, Grünen-Ortsvorsitzender und Bürgermeister Kandidat für Tutzing, Bernd Pfitzner, sowie der ehemalige Richter Professor Jürgen Schade aus Gauting zu Gast.

„Ich sehe und spreche mit vielen frustrierten Menschen in den Helferkreisen“, sagte Kerstin Täubner-Benicke. „Sie hatten viel Arbeit und Mühe damit, dass Menschen in Arbeitsverhältnisse kommen und integriert werden.“ Wenn diese aber jetzt mit ihren „Paten“ zu den Behörden gingen, gebe es keine Erlaubnisse mehr mit Begründungen, „bei denen man nur noch den Kopf schüttelt“, so Täubner-Benicke. Das bestätigt Jurist Schade: „Ich hatte einen Geflüchteten, der war in Ausbildung beim Bäcker Meier in Starnberg. Als der Laden zu-

machte, hätte er sofort einen neuen Ausbildungsplatz gehabt. Doch das Landratsamt Starnberg verlangte, dass er dafür seine komplette Ausbildungserlaubnis neu zu beantragen hätte. So was dauert oft Monate.“

Täubner-Benicke hat auch mit den Themen Familiennachzug und subsidiärer Schutz Erfahrung gemacht. Ihr Fazit: „Man hat einfach kein Interesse, den Menschen wirklich zu helfen“. Schade schlägt einen Flüchtlingsbeirat vor, der aus drei Koordinatoren der Helferkreise zusammengesetzt werden sollte. „Die könnten dann eng auf dem kurzen Dienstwege mit dem Landrat, den Kirchen, Unternehmern, Schulen, Wohlfahrtsverbänden und Wirtschaft kooperieren.“

Bernd Pfitzner, der im Winter für das Amt des Bürgermeisters in Tutzing kandidiert, schlug im Roncalli-Haus auch eine Schulung der Mitarbeiter des Landratsamtes durch das Landratsamt in München vor und will „Öffentlichkeit für die brennenden Themen schaffen“. Und zwar in Form von öffentlichen Veranstaltungen über das Thema „Integration“ sowie in Diskussionsrunden auch mit Leuten, die zu dem Thema eine andere Meinung haben. mm